

SUP-Erfahrungen aus der österreichischen Praxis

Langfassung

In Österreich wurden zwischen 1997 und 2004 sieben Pilotprojekte zur Strategischen Umweltprüfung (SUP) durchgeführt. Dieser Artikel fasst die wesentlichsten Erfahrungen zusammen und gibt Praxistipps für die Durchführung von SUPs.

Im Dezember 1996 beschloss die Europäische Kommission den Richtlinienvorschlag zur Strategischen Umweltprüfung (SUP). Kurz darauf starten im Jahr 1997 die drei ersten österreichischen SUP-Pilotprojekte:

- die SUP zum Flächenwidmungsplan der Stadt Weiz (SUP auf der Ebene der örtlichen Raumordnung),
- die SUP zum Regionalprogramm Tennengau (SUP auf der Regionalplanungsebene) sowie
- die SUP Donaukorridor (SUP im Verkehrsplanungsbereich).

Im Jahr 1998 folgte dann die SUP zum Rahmenprogramm "Entwicklungschancen für den niederösterreichischen Donaauraum", die erste Regionalplanungs-SUP des Bundeslandes Niederösterreich.

Im Jahr 1999 startete die Stadt Wien ihre erste Pilot-SUP, die SUP zum Wiener Abfallwirtschaftsplan. Diese SUP war die erste SUP der "zweiten SUP-Generation" in Österreich, die v.a. bezüglich des Prozessdesigns und der Öffentlichkeitsbeteiligung neue Maßstäbe setzte (s.u.). Im Jahr 2001 folgte die zweite Wiener SUP, die sogenannte SUPer NOW, die Strategische Umweltprüfung zum Entwicklungsraum Nordosten Wiens. Sie widmete sich Fragen der Stadtentwicklung und der Verkehrsplanung im Nordosten Wiens und im angrenzenden Wiener Umland. Im Jahr 2003 schloss dann die SUP "Salzburger Abfallwirtschaft" den Reigen der Pilotprojekte ab. Für alle nachfolgenden SUPs ist nun die SUP-Richtlinie verpflichtend anzuwenden.

Bei den sieben österreichischen SUP-Pilotprojekten ging es primär darum, das neue Instrument der Strategischen Umweltprüfung in der Praxis zu testen und praktikable Ansätze zur methodischen Vorgangsweise und zum Prozessdesign zu entwickeln. Nun liegt ein beachtlicher Erfahrungsschatz vor, auf den bei allen weiteren SUPs zurückgegriffen werden kann. Was sind nun die wesentlichsten "Lessons learned" aus der SUP-Pilotphase zwischen 1997 und 2004? Im Folgenden erläutert die Autorin vier Aspekte, die für erfolgreiche SUP-Prozesse entscheidend sein können:

- Das Prozessdesign
- Die Öffentlichkeitsbeteiligung
- Die Abgrenzung der SUP- und UVP-Ebenen
- Das Monitoring

Abschließend wird beleuchtet, welchen Nutzen die SUP bringen kann und wer davon profitiert.

Prozessdesign

Der Begriff "Prozessdesign" bezeichnet in diesem Zusammenhang den Ablauf des SUP-Prozesses und die Verknüpfung der SUP mit dem Planungsprozess. **Ziel ist**, den SUP-Prozess so zu gestalten, dass Umweltaspekte wirksam in den Plan oder das Programm integriert werden. Zum Prozessdesign gehört auch die Art und Weise, wie die Öffentlichkeit an der SUP beteiligt wird. Wegen der besonderen Bedeutung der Öffentlichkeitsbeteiligung für das Gelingen einer SUP wird dieser Aspekt jedoch separat im nächsten Punkt behandelt.

Für die Verknüpfung zwischen SUP-Prozess und Planungsprozess bestehen vier Möglichkeiten:



- **Nachgeschaltete SUP:** Zuerst wird ein Plan- oder Programmwurf ausgearbeitet. Danach werden die SUP durchgeführt und etwaige Alternativen zum Entwurf bewertet. Diese Vorgangsweise wurde bei keiner der österreichischen Pilot-SUPs gewählt, da bereits vorhersehbar war, dass sie nicht zur wirksamen Umweltintegration beitragen wird. Wenn die SUP erst dann einsetzt, wenn bereits ein Plan- oder Programmwurf vorliegt, dann können Umweltaspekte nur mehr mit großem Aufwand in diesen Entwurf integriert werden. Es sind bereits wichtige Vorentscheidungen gefallen, beispielsweise zu den Planungszielen, die nur mehr schwer geändert werden können. Falls die Ergebnisse der SUP dann doch Änderungen des Plan- oder Programmwurfes erfordern, so ist dies mit zusätzlichem Überarbeitungsaufwand verbunden. In der Praxis ist jedoch oft Widerstand gegenüber nachträglichen Änderungen zu beobachten. Eine nachgelagerte SUP setzt also zu spät ein und würde zur wirksamen Umweltintegration mehr Aufwand und höhere Kosten verursachen.
- **Parallele SUP:** Planungsprozess und SUP-Prozess laufen parallel ab. An einigen Punkten sind die Prozesse mit einander verknüpft. Als Ergebnis liegen der Plan- oder Programmwurf und der Umweltbericht aus der SUP nebeneinander vor. Diese Vorgangsweise wurde bei der SUP zum Rahmenkonzept "Entwicklungschancen für den niederösterreichischen Donauraum" gewählt. Der separat vorliegende Umweltbericht hat das Rahmenkonzept jedoch kaum beeinflusst. Er hatte eher den Charakter eines Umweltgutachtens dazu. Theoretisch ist es möglich, den Umweltbericht im Rahmen der politischen Beschlussfassung zum Plan oder Programm zu berücksichtigen und auf diesem Wege Umweltaspekte zu integrieren. Dazu müsste der vorgelegte Plan- oder Programmwurf noch einmal geändert werden. Allerdings ist auch dieser Schritt aufwändig. Derartige nachträgliche Änderungen in der Phase der politischen Beschlussfassung sind eher unüblich.
- **Integrierte SUP:** Planungsprozess und SUP-Prozess sind zu einem gemeinsamen Gesamtprozess integriert. Als Ergebnis liegt der Plan- oder Programmwurf vor, in den Umweltaspekte bereits integriert sind. Diese Vorgangsweise wurde bei der SUP zum Wiener Abfallwirtschaftsplan und bei der SUPer NOW gewählt. Planung und SUP starteten gleichzeitig und beeinflussten einander während des gesamten Prozesses. Während der Aufstellung der Planungsziele wurden Umweltziele integriert. Bei der Auswahl der Alternativen wurden Maßnahmen berücksichtigt, die positive Umweltauswirkungen haben. Nach dem Alternativenvergleich wurde eine Alternative als Wiener Abfallwirtschaftsplan ausgewählt. Darin waren Umweltaspekte bereits berücksichtigt. **Die integrierte SUP hat sich zur Integration von Umweltbelangen sehr gut bewährt und kann für weitere SUPs empfohlen werden.**
- **Vorgeschaltete SUP:** Planungsprozess und SUP-Prozess sind bis nach der Alternativenprüfung integriert. Als Ergebnis der SUP liegen die bewerteten Plan- oder Programm-Alternativen vor. Danach wird der Plan- oder Programmwurf erarbeitet. Diese Vorgangsweise wurde bei der SUP "Salzburger Abfallwirtschaft" gewählt. Die SUP endete mit einer Gegenüberstellung verschiedener Planungsalternativen und der Vorlage des Umweltberichts. Der endgültige Planentwurf wurde aber ohne SUP-Begleitung erstellt. Dieser wird daher auch nicht mehr hinsichtlich seiner Umweltauswirkungen bewertet und die Öffentlichkeitsbeteiligung zum Umweltbericht und zum Planentwurf findet getrennt statt. Damit ist einerseits die Nachvollziehbarkeit des Ergebnisses unsicher und andererseits Mehraufwand mit der zweimaligen Öffentlichkeitsbeteiligung verbunden.

Praxistipp zum Prozessdesign: Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die integrierte SUP am wirksamsten ist, um Umweltaspekte in Pläne oder Programme zu integrieren.

Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist ein wesentlicher Faktor des Prozessdesigns. **Ziel ist**, das Wissen der Personen zu nützen, die vom Plan oder Programm betroffen oder daran interessiert sind. Sie sollen neue Ideen und innovative Lösungsvorschläge einbringen. Außerdem können sie zur Qualitätskontrolle beitragen, in dem sie die Ergebnisse des Planungs- und des SUP-Prozesses kritisch hinterfragen sowie Nachvollziehbarkeit und Transparenz einfordern. Gelingt die Öffentlichkeitsbeteiligung, so wird der Plan oder das Programm leichter akzeptiert. Wenn die Planung von den Betroffenen mitgetragen wird, kann sie auch reibungsloser umgesetzt werden.



Wer aber ist die Öffentlichkeit bei SUP-Prozessen? Die SUP-Richtlinie definiert in Artikel 2: "eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen und (...) deren Vereinigungen, Organisationen und Gruppen". Die österreichischen SUP-Erfahrungen haben gezeigt, dass es sinnvoll ist, zwischen zwei "Typen der Öffentlichkeit" zu unterscheiden:

- der breiten Öffentlichkeit: alle interessierten und / oder betroffenen Privatpersonen sowie
- der organisierten Öffentlichkeit: die vom Plan oder Programm betroffenen Interessengruppen, beispielsweise Umwelt-NGOs, die Umweltschutzverbände oder die Kammern (Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer).

Die Beteiligung der Öffentlichkeit kann unterschiedlich intensiv erfolgen. Die vier Hauptstufen sind:

- **Informative Öffentlichkeitsbeteiligung:**
Die Beteiligten erhalten Information. Sie haben jedoch keine Einflussmöglichkeiten auf den Ablauf oder das Ergebnis der SUP, sondern lediglich Informationsgewinn. Informative Öffentlichkeitsbeteiligung kann über das Internet, Medienberichte oder Postwurfsendungen erfolgen.
- **Konsultative Öffentlichkeitsbeteiligung:**
Die Beteiligten können zum Plan- oder Programmentwurf sowie zum Umweltbericht Stellung nehmen. Ob und wie diese Stellungnahmen berücksichtigt werden, liegt bei den planerstellenden Behörden. Meist sind Stellungnahmemöglichkeiten zu spät im Prozess vorgesehen, so dass nur mehr wenig Änderungsspielraum besteht.
- **Kooperative Öffentlichkeitsbeteiligung:**
Die Beteiligten arbeiten aktiv bei der Erarbeitung bestimmter SUP-Schritte mit. Damit haben sie bereits wirksame Einflussmöglichkeiten auf das Ergebnis. Die Kooperation kann bei Workshops oder in Arbeitskreisen zu bestimmten Fachthemen stattfinden.
- **Mediative Öffentlichkeitsbeteiligung:**
Die Beteiligten arbeiten während des gesamten SUP-Prozesses an einer partnerschaftlichen Suche nach einer konsensualen Planungslösung mit. Dabei werden sie von neutralen Dritten unterstützt. Sie haben große Einflussmöglichkeiten auf das Ergebnis. Ein in Wien entwickeltes Modell zur mediativen Öffentlichkeitsbeteiligung ist die "SUP am runden Tisch" (s.u.).

Die SUP-Richtlinie sieht lediglich Informations- und Stellungnahmemöglichkeiten für die Öffentlichkeit vor. Diese eignen sich vor allem zur Beteiligung der breiten Öffentlichkeit. Bei konfliktträchtigen Plänen oder Programmen haben sich in Österreich kooperative oder mediative Beteiligungsformen bewährt. Diese eignen sich in erster Linie zur Beteiligung der organisierten Öffentlichkeit, also der betroffenen Interessengruppen.

Die österreichischen SUP-Erfahrungen haben gezeigt, dass die breite Öffentlichkeit an strategischen Planungen deutlich weniger interessiert ist, als an konkreten Projekten. Bei der SUP zum Flächenwidmungsplan der Stadt Weiz und bei der SUP zum Regionalprogramm Tennengau wurde versucht, durch Informationsveranstaltungen, Radiobeiträge und Briefkästen für Stellungnahmen die breite Öffentlichkeit einzubinden. Allerdings kamen in beiden Fällen von der breiten Öffentlichkeit keine Stellungnahmen zum Umweltbericht.

Bei der SUP zum Wiener Abfallwirtschaftsplan wurde ein neuer Weg zur Öffentlichkeitsbeteiligung beschritten und damit die "zweite SUP-Generation" in Österreich begründet: Es wurde das Modell der SUP am runden Tisch entwickelt. Das bedeutet, dass Vertreter der Verwaltung, der organisierten Öffentlichkeit und externe Experten während des gesamten SUP-Prozesses gleichrangig beteiligt sind. Sie bilden das SUP-Team und arbeiten gemeinsam an der Entwicklung einer möglichst konsensualen Planungslösung und der Integration von Umweltaspekten. Alle Teammitglieder tragen gemeinsam die Verantwortung für die SUP und das Planungsergebnis. Die Beiträge der Beteiligten können während des Prozesses rechtzeitig berücksichtigt werden. Es besteht größtmögliche Transparenz. Die Chance ist groß mit dem versammelten Wissen die optimale Lösung zu finden. Außerdem können die Teammitglieder voneinander lernen. Nachbesserungswünsche oder gar Widerstand gegen das Ergebnis werden durch die frühzeitige Einbindung und Mitbestimmung



minimiert. Die intensive Zusammenarbeit fördert die Teambildung und die Entwicklung einer gemeinsamen Identität als SUP-Team. Davon kann auch die Umsetzung des Plans oder Programms profitieren, wenn auch bei der Realisierung der Einzelmaßnahmen zusammengearbeitet wird (vgl. Arbter, K., 2004¹ sowie Arbter, K., Bass, R., Therivel, R., 2004²). Allerdings erfordert die SUP am runden Tisch Zeit und die Bereitschaft zur ernsthaften Kooperation. Wichtig ist jedenfalls, dass das SUP-Team ausgewogen zusammengesetzt ist und alle von der Planung betroffenen Interessengruppen vertreten sind. Die Umwelt muss jedenfalls durch entsprechende VertreterInnen (z.B. Umwelt-NGOs, Umweltschutzverbände) eine Stimme bekommen.

Bei der SUPer NOW wurde das Modell der SUP am runden Tisch zur Beteiligung der organisierten Öffentlichkeit mit Beteiligungsmöglichkeiten für die breite Öffentlichkeit kombiniert. Es wurden eine SUP-Homepage eingerichtet (www.wien.at/stadtentwicklung/supernow) und fünf Informationsveranstaltungen durchgeführt. Aufgrund der Brisanz der Planung – es ging unter anderem um einen neuen Autobahnring um Wien, der abschnittsweise unter dem Nationalpark Donauauen führt – und aufgrund der intensiven Bewerbung waren sowohl die SUP-Homepage (über 4.000 Zugriffe) als auch die Informationsveranstaltungen (ca. 1.000 TeilnehmerInnen) gut besucht.

Die Erfahrungen mit der Öffentlichkeitsbeteiligung über das Internet zeigen einige Vorteile dieses Mediums. Es lassen sich schnell, einfach und in großer Breite Informationen bereit stellen. Während des gesamten SUP-Prozesses können kontinuierlich neue Ergebnisse publiziert werden. Die interessierte Öffentlichkeit kann sich auf dem Laufenden halten. Außerdem können Dokumente zum Download angeboten werden. Die Interessierten ersparen sich aufwändiges Kopieren und den Weg zur planerstellenden Behörde zur Einsichtnahme. Allerdings birgt die Internetbeteiligung auch einige Gefahren. Die Öffentlichkeit wird die Informationen nur dann finden, wenn sie weiß, dass es Informationen gibt und wo sie zu finden sind. Die Internetbeteiligung muss also in anderen Medien angekündigt werden, beispielsweise über Zeitungen oder den Rundfunk. Aufgrund der fast unbegrenzten Kapazitäten verleitet das Internet dazu, alle möglichen Informationen unausgewählt online zu stellen. Die Bevölkerung kann sich durch diese Informationsflut leicht "erschlagen" fühlen und sie benötigt Zeit, aus der Vielfalt des Angebotenen die jeweils interessanten Papiere herauszufiltern. Außerdem können durch die Internetbeteiligung nur jene Menschen erreicht werden, die das Internet auch tatsächlich nutzen. In Österreich sind dies etwa 50% der Bevölkerung. Die andere Hälfte der Bevölkerung ist von dieser Beteiligungsart so gut wie ausgeschlossen. Daher reicht das Einrichten einer SUP-Homepage als alleiniges Beteiligungsmedium nicht aus. Es sollte mit Ankündigungen in anderen Medien und mit der Möglichkeit zur Einsichtnahme der Unterlagen in den zuständigen Verwaltungsstellen kombiniert werden.

Praxistipps zur Öffentlichkeitsbeteiligung: Empfehlenswert ist eine 2-stufige Öffentlichkeitsbeteiligung: Die breite Öffentlichkeit kann über den Plan- oder Programmentwurf und den Umweltbericht informiert und zu Stellungnahmen eingeladen werden. Die organisierte Öffentlichkeit sollte intensiver beteiligt werden, beispielsweise bei einer SUP am runden Tisch. Das Internet kann die Öffentlichkeitsbeteiligung wirksam unterstützen. Die Internetbeteiligung sollte in anderen Medien angekündigt und mit der Möglichkeit zur Einsichtnahme der Unterlagen kombiniert werden.

Abgrenzung der SUP- und UVP-Ebenen

Die "klassische" Einsatzebene der SUP ist jene Planungsebene, bei der es um Bedarfsfragen, Fragen nach dem Zweck von Maßnahmen, Kapazitätsfragen oder Technologiefragen geht, also um die Fragen,

- **Ob?** – eine Maßnahme / ein Vorhaben überhaupt benötigt wird? (z. B. Braucht die Stadt neue Abfallbehandlungsmöglichkeiten?),
- **Wozu?** – diese Maßnahme / das Vorhaben benötigt wird? (z. B. Welches Problem soll mit welchen Maßnahmen gelöst werden?),

¹ Arbter, K. (2004): SUP – Strategische Umweltprüfung für die Planungspraxis der Zukunft, Neuer Wissenschaftlicher Verlag, Wien – Graz

² Arbter, K., Bass, R., Therivel, R. (2000ff): Handbuch Strategische Umweltprüfung – Die Umweltprüfung von Politiken, Plänen und Programmen, Hrsg.: Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien.



- **Was?** – d.h. welche Vorhabensart / Technologie erforderlich ist (z. B. Welche neuen Abfallbehandlungsanlagen sind notwendig) und
- **Wie viel?** – d.h. welche Kapazitäten benötigt werden (z. B. Wie viele Tonnen Abfall sollen in den neuen Abfallbehandlungsanlagen jährlich behandelt werden können?).

Erst nachdem diese Fragen des OB, WOZU, WAS und WIE VIEL geklärt wurden, geht es um die Frage nach dem **WO?** eines Projektes, also um Standorte und Trassenlagen (Ebene der "Standort-SUP"). Danach folgt die Projektebene, auf der das konkrete **WIE?** eines Projektes, also die Bauweise analysiert wird – zumeist im Rahmen einer Projekt-UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung für Großprojekte), die zur Projektgenehmigung führen kann.

Diese Abgrenzung der SUP- und UVP-Ebenen wird im Englischen als "Tiering" bezeichnet. Wichtig ist dabei, dass die Planung vom Groben ins Feine führt, denn nur so kann eine Planungsebene die nächste entlasten. Doppelarbeiten können vermieden werden.

Gute Erfahrungen wurde diesbezüglich in der Wiener Abfallwirtschaftsplanung gemacht. Zu Beginn wurden die Grundsatzfragen zu Bedarf, Zweck, Kapazitäten und Technologien im Rahmen der SUP zum Wiener Abfallwirtschaftsplan geklärt. Im nächsten Schritt erfolgte die Standortsuche für jene Abfallbehandlungsanlagen, die aus der SUP hervorgegangen sind, nämlich eine neue Müllverbrennungsanlage und eine Biogasanlage. Bei dieser Standortsuche wurde jedoch keine SUP durchgeführt, obwohl auch das sinnvoll gewesen wäre. Auf Grundlage der Standortsuche wurde dann die Projekt-UVP für die neue Müllverbrennungsanlage durchgeführt. Es waren deutliche Entlastungen von einer Ebene zur nächsten spürbar.

Praxistipp zur Abgrenzung der SUP- und UVP-Ebenen: Die Aufgaben von SUP und UVP soll klar getrennt und aufeinander aufbauend konzipiert werden, damit Entlastungen von einer Ebene zur nächsten möglich sind.

Monitoring

Beim Monitoring werden die Umweltauswirkungen, die bei der Umsetzung des Plans oder Programms tatsächlich auftreten, ermittelt. **Ziel ist** es einerseits, Abhilfemaßnahmen zu setzen, wenn unerwartete negative Auswirkungen auftreten. Andererseits kann das Monitoring auch dafür eingesetzt werden, die Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen, insbesondere der notwendigen Umweltmaßnahmen, zu unterstützen.

Die österreichische SUP-Praxis hat gezeigt, dass das Monitoring zum Check folgender fünf Aspekte eingesetzt werden kann:

- ob der Plan oder das Programm so angenommen wurde, wie in der SUP empfohlen, sowie gegebenenfalls in welchen Punkten der politische Beschluss zur Planung von den fachlichen Empfehlungen der SUP abweicht und warum,
- ob der Plan oder das Programm auch tatsächlich mit all den vorgesehenen Maßnahmen umgesetzt wird
- ob der Plan oder das Programm die vorgesehenen Ziele erreicht,
- ob die Annahmen, die während des Planungs- und SUP-Prozesses getroffen wurden, beispielsweise zur Bevölkerungsentwicklung, zur Entwicklung des Abfall- oder des Verkehrsaufkommens, tatsächlich wie prognostiziert eintreten sowie
- ob die Auswirkungen des Plans oder Programms richtig prognostiziert wurden, mit welchen Auswirkungen die Umsetzung des Plans oder Programms tatsächlich verbunden ist und ob Abhilfemaßnahmen bei unvorhergesehenen negativen Auswirkungen notwendig sind.

Die SUP-Richtlinie sieht in Artikel 10 lediglich die Überwachung der tatsächlichen Umweltauswirkungen vor und schöpft damit das Potential des Monitorings nicht aus.



Die österreichischen Pilot-SUPs haben gezeigt, dass das Monitoring oft vernachlässigt wird. Bislang ist lediglich bei der SUP zum Wiener Abfallwirtschaftsplan ist ein wirksames Monitoring gelungen. Bei dieser SUP wurden die Monitoringmaßnahmen im SUP-Team geplant. Dazu wurde eine Monitoring-Checkliste erarbeitet. Anhand von 10 Fragen soll nun 1x jährlich geklärt werden, ob der Wiener Abfallwirtschaftsplan weiterhin aktuell ist oder ob Nachjustierungen notwendig sind. Die geplanten Monitoringmaßnahmen wurden im Umweltbericht festgehalten und mit dem Abfallwirtschaftsplan angenommen. Es wurde eine Monitoringgruppe eingesetzt, die für das Monitoring verantwortlich ist. In der Monitoringgruppe sind die planerstellende Behörde, die Umweltbehörde, die Wiener Umweltanwaltschaft als Vertreterin der organisierten Öffentlichkeit und externe Abfallwirtschaftsexperten vertreten. Der erste Monitoringbericht liegt bereits vor.

Zur Planung des Monitorings gehören zwei Aspekte: der Monitoringprozess und die methodische Vorgangsweise beim Monitoring (vgl. Arbter, K., Bass, R., Therivel, R., 2004³):

Zum **Monitoringprozess** soll geklärt werden:

- Wer ist für das Monitoring verantwortlich?
Beispielsweise eine Monitoringgruppe und Nennung der federführenden Dienststelle oder Institution
- Wann und in welchen Abständen wird das Monitoring durchgeführt?
- Was ist das Ergebnis des Monitorings und was passiert damit?
Beispielsweise ein Monitoringbericht, der an die politischen Entscheidungsträger und an die am SUP-Prozess Beteiligten übermittelt wird sowie die Initiierung von Abhilfemaßnahmen bei negativen Auswirkungen im Sinne des Artikels 10 der SUP-Richtlinie

Zur **Monitoringmethode** soll geklärt werden:

- Wie wird das Monitoring durchgeführt?
Beispielsweise anhand einer Monitoring-Checkliste
- Welche Indikatoren werden für das Monitoring herangezogen?
Eine Fokussierung auf einige wenige Kernindikatoren ist zu empfehlen.
- Wie werden die erforderlichen Daten gesammelt?
Beispielsweise Zurückgreifen auf routinemäßig erhobene oder leicht ermittelbare Daten mit Bezug zu den gewählten Bewertungsindikatoren der SUP

Praxistipp zum Monitoring: Das Monitoring soll über die Anforderungen der SUP-Richtlinie hinausgehen, damit es wirksam die Umsetzung des Plans oder Programms unterstützen kann. Es soll am Schluss des SUP-Prozesses geplant, im Umweltbericht festgehalten und bei der Annahme des Plans oder Programm mitbeschlossen werden.

Kosten und Nutzen von SUPs

Die österreichischen Pilot-SUPs haben gezeigt, dass SUPs sowohl Zeit als auch Geld kosten, wenn sie wirksam zur Umweltintegration beitragen und damit ihren Zweck erfüllen sollen. Sie verursachen Arbeit und nicht alle Prozessphasen sind immer leicht zu bearbeiten.

Diesem Aufwand steht jedoch vielfältiger Nutzen gegenüber, wie die Praxis belegt:

- Durch die Alternativenprüfung und die Öffentlichkeitsbeteiligung steigt die Planungsqualität. Damit können aufwändige Nachbesserungen und etwaige kostspielige Planungsfehler vermieden werden.

³ Arbter, K., Bass, R., Therivel, R. (2000ff): Handbuch Strategische Umweltprüfung – Die Umweltprüfung von Politiken, Plänen und Programmen, Hrsg.: Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien.



- Die SUP kann nachfolgende Projekt-UVPs wirksam entlasten, wie das Beispiel der SUP zum Wiener Abfallwirtschaftsplan eindrucksvoll zeigt. Zeit und Geld, die in die SUP investiert werden, können bei nachfolgenden Planungen wieder eingespart werden.
- Durch die Beteiligung der Öffentlichkeit können im Rahmen der SUP Pläne und Programme erarbeitet werden, die von den betroffenen Interessengruppen mitgetragen werden und damit auch rascher und reibungsloser umsetzbar sind.
- Die SUP kann auch tatsächlich Verbesserungen für die Umwelt bringen. Die SUP zum Wiener Abfallwirtschaftsplan hat beispielsweise bewirkt, dass die Aktivitäten zur Abfallvermeidung intensiviert wurden und damit verstärkt an der Wurzel der Probleme angesetzt wurde. Außerdem wurden bei der neuen Müllverbrennungsanlage zusätzliche Emissionsfilter vorgesehen, wie in der SUP empfohlen. Allerdings sind tatsächliche Verbesserungen für die Umwelt noch nicht bei allen SUPs nachweisbar.

Um das Potential der SUP auszuschöpfen, kann es sinnvoll sein, über die Minimalanforderungen der SUP-Richtlinie hinauszugehen. Die österreichischen SUP-Erfahrungen zeigen, dass die SUP zur wirksamen Integration von Umweltaspekten in strategische Pläne und Programme beitragen und damit die Planungsqualität steigern kann. Außerdem kann sie die reibungslose Umsetzung von Einzelmaßnahmen fördern sowie dadurch Zeit und Kosten für die Realisierung von Projekten sparen. Damit profitiert nicht nur die Umwelt, sondern auch die planerstellenden Dienststellen und die Umweltbehörden sowie in der Folge auch die ProjektwerberInnen.

